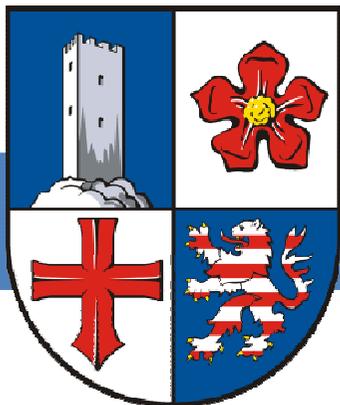


2015



1. Finanz- und Controllingbericht



Kreis Bergstraße

30.04.2015

Vorbemerkungen zum Finanzteil des Berichts

Nach § 28 GemHVO ist der Kreisausschuss verpflichtet, dem Kreistag mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten. Diese Unterrichtung erfolgt seit 2008 durch zwei Finanz- und Controllingberichte je Haushaltsjahr. Im Finanzteil des vorliegenden Berichts wird im Ergebnishaushalt auf Gesamthaushaltsebene sowie auf der Ebene der Teilhaushalte die jeweilige Entwicklung des Haushaltsvollzugs zum 30.04.2015 abgebildet und eine Prognose zum Ende des Haushaltsjahres 2015 abgegeben. Die Prognose basiert auf der Einschätzung der Produktverantwortlichen. Hierzu wurden die Produktverantwortlichen gebeten, bereits absehbare, haushaltswirksame Veränderungen, die 5 T€ je Produkt und Aufwands- bzw. Ertragsart überschreiten, mitzuteilen. Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, die Versorgungsaufwendungen und die Abschreibungen werden erst am Jahresende gebucht. Um eine realistischere Auswertung des Gesamtergebnisses zu gewährleisten, wurde bei diesen Positionen (kalkulatorisch) ein Buchungsstand zum 30.04.2015 unterstellt, der exakt 1/3 des Ansatzes entspricht. Beim Finanzhaushalt wurden die Investitionen und die Kreditaufnahme dargestellt. Außerdem wird über die seit Jahresbeginn aufgenommen Kredite und abgeschlossenen Derivativen Finanzinstrumente berichtet. Des Weiteren sind im Rahmen der Berichterstattung zum Kommunalen Schutzschirm die Veränderungen nach Produktbereichen gegliedert dargestellt. Ferner wird i. R. des Forderungswesens unter Teilhaushalt 1 über die aktuelle Insolvenzstatistik, die Niederschlagungen, die Vollstreckungsfälle sowie die Einnahmen aus der zentralen Rückstandsdatei für das Zulassungswesen berichtet.

Vorbemerkungen zum Controllingteil des Berichts

Zu 26 der 69 Produkte im Haushaltsplan 2015 wurden 48 Ziele mit 53 Kennzahlen (i.d.R. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung) definiert. Im Nachfolgenden sind diese Produkte, Ziele und Kennzahlen mit ihren derzeitigen und prognostizierten Zielerreichungsgraden wie folgt dargestellt:

- Ist = Wert zum Abfragezeitpunkt 30. April 2015
- Prognose = gemäß Einschätzung der Produktverantwortlichen zum 31.12.2015 voraussichtlich erreichter Zielerreichungsgrad
- Monitor = Einschätzung des Abweichungsgrades sowie des Steuerungsbedarfs:
 - Monitor "weiß": Verbesserung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich erreicht oder übererfüllt; Steuerungsmaßnahmen sind nicht erforderlich (bei 39 Kennzahlen = 74 %)
 - Monitor "grau": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch nicht möglich, nicht notwendig oder bereits durch die Produktverantwortlichen ergriffen (bei 13 Kennzahlen = 24 %)
 - Monitor "schwarz": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch noch möglich oder noch notwendig, ggfs. auch durch die Kreisgremien (bei 1 Kennzahl = 2 %).

Zum Zweck der Vergleichbarkeit und Orientierung enthält der Controllingbericht jeweils die Daten aus den Jahresabschlüssen 2009 – 2014 incl. jeweiliger Abweichung Plan/Ist (*in Kursivdruck*), soweit die Ziele bzw. Kennzahlen im jeweiligen Haushaltsjahr bereits bestanden. Sofern Kennzahlen in %-Werten (Verhältniskennzahlen) angegeben sind, erfolgt zudem eine gesonderte Darstellung der absoluten Zahlen (Zähler / Nenner), beschränkt jedoch auf die Daten des aktuellen Controllingberichts.

Gesamtergebnishaushalt

Pos.	Beschreibung	Ansatz Haus- halt 2015	Prognose zum 31.12.2015	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2015	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	31.680 €	31.480 €	-200 €	-0,6%	7.819 €	24,7%
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.483.300 €	7.440.117 €	-43.183 €	-0,6%	2.160.730 €	28,9%
03	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	5.831.408 €	5.909.079 €	77.671 €	1,3%	3.954.991 €	67,8%
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen						
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge	172.200.000 €	172.200.000 €	0 €	0,0%	57.419.492 €	33,3%
06	Erträge aus Transferleistungen	71.500.150 €	71.356.506 €	-143.644 €	-0,2%	24.061.657 €	33,7%
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	74.603.810 €	78.441.443 €	3.837.633 €	5,1%	55.401.279 €	74,3%
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten *	4.380.815 €	4.381.115 €	300 €	0,0%	1.460.272 €	33,3%
09	Sonstige ordentliche Erträge	192.990 €	207.931 €	14.941 €	7,7%	19.022 €	9,9%
10	Summe der ordentlichen Erträge	336.224.153 €	339.967.671 €	3.743.518 €	1,1%	144.485.262 €	43,0%
11	Personalaufwendungen	33.375.700 €	33.158.000 €	-217.700 €	-0,7%	10.949.680 €	32,8%
12	Versorgungsaufwendungen *	4.600.000 €	4.600.000 €	0 €	0,0%	1.533.333 €	33,3%
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	19.603.029 €	23.165.466 €	3.562.437 €	18,2%	8.459.043 €	43,2%
14	Abschreibungen *	4.253.520 €	4.254.220 €	700 €	0,0%	1.417.840 €	33,3%
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	62.858.969 €	62.917.092 €	58.123 €	0,1%	18.226.647 €	29,0%
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen	49.770.900 €	49.443.010 €	-327.890 €	-0,7%	49.263.162 €	99,0%
17	Transferaufwendungen	160.673.408 €	161.181.171 €	507.763 €	0,3%	49.604.487 €	30,9%
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.500 €	7.500 €	0 €	0,0%	2.877 €	38,4%
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	335.143.026 €	338.726.459 €	3.583.433 €	1,1%	139.457.070 €	41,6%
20	Verwaltungsergebnis	1.081.127 €	1.241.212 €	160.085 €	14,8%	5.028.192 €	465,1%
21	Finanzerträge	2.579.010 €	1.580.966 €	-998.044 €	-38,7%	58.970 €	2,3%
22	Finanzaufwendungen	11.007.460 €	6.607.460 €	-4.400.000 €	-40,0%	2.394.115 €	21,7%
23	Finanzergebnis	-8.428.450 €	-5.026.494 €	3.401.956 €	-40,4%	-2.335.145 €	27,7%
24	Ordentliches Ergebnis	-7.347.323 €	-3.785.282 €	3.562.041 €	-48,5%	2.693.048 €	-36,7%
25	Außerordentliche Erträge	605.300 €	1.289.321 €	684.021 €	113,0%	1.079.183 €	178,3%
26	Außerordentliche Aufwendungen	4.172.400 €	4.390.903 €	218.503 €	5,2%	1.024.477 €	24,6%
27	Außerordentliches Ergebnis	-3.567.100 €	-3.101.582 €	465.518 €	-13,1%	54.706 €	-1,5%
28	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	-10.914.423 €	-6.886.864 €	4.027.559 €	-36,9%	2.747.753 €	-25,2%

Das **Jahresergebnis** verbessert sich gegenüber dem vom Kreistag am 15.12.2014 beschlossenen und von der Aufsichtsbehörde mit Schreiben vom 02.02.2015 genehmigten Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 voraussichtlich um rd. 4.028 T€ auf ein Defizit von rd. 6.887 T€. Für insgesamt 30 Produkte des Kreishaushalts wird im Jahresergebnis eine Verbesserung gegenüber den Haushaltsansätzen prognostiziert, für 22 Produkte wird mit einer Verschlechterung gerechnet, bei 17 Produkten werden keine Abweichungen von den Ansätzen prognostiziert. Für das **Ordentliche Ergebnis** ergibt sich eine prognostizierte Verbesserung von rd. 3.562 T€ gegenüber dem Haushaltsplan auf ein Defizit von jetzt nur noch jetzt rd. 3.785 T€. Das entspricht einer positiven Abweichung vom vereinbarten **Konsolidierungspfad** i. H. von rd. 14.398 T€. Damit ist nach wie vor gewährleistet, dass die Vorgaben, die sich aus dem Konsolidierungsvertrag mit dem Land Hessen im Rahmen der Teilnahme am Kommunalen Schutzschirm des Landes ergeben, nach derzeitigem Erkenntnisstand erfüllt werden. Acht Produktbereiche weichen in der Prognose für 2015 positiv und sieben Produktbereiche weichen negativ vom vereinbarten Konsolidierungspfad ab (vgl. hierzu auch S. 20).

Die Prognose für das **Ordentliche Ergebnis** resultiert sowohl aus ordentlichen Mehrerträgen i. H. v. rd. 3.743,5 T€ als auch aus ordentlichen Mehraufwendungen i. H. v. rd. 3.583,4 T€. Das heißt, das prognostizierte **Verwaltungsergebnis** verbessert sich um rd. 160,1 T€. Das **Finanzergebnis** stellt sich mit einer prognostizierten Verbesserung von rd. 3.402 T€ ebenfalls positiv dar. Im **Außerordentlichen Ergebnis** wird zudem mit Verbesserungen i. H. v. rd. 465,5 T€ gerechnet.

Bei den **Personalaufwendungen** wird gegenüber der Veranschlagung insgesamt ein Minderbedarf i. H. v. rd. 217,7 T€ prognostiziert. Diese Einsparung im Vergleich zum Haushaltsansatz setzt sich wie folgt zusammen:

- Nach derzeitigem Stand können bedingt durch **Personalbewirtschaftungsmaßnahmen** (Verzögerte Wiederbesetzung vakanter Stellen (Stellenanteile), interne Besetzung von Stellen (hierdurch Reduzierung von Personalkosten)) bis Jahresende voraussichtlich Einsparungen i. H. v. rd. 112,4 T€ erzielt werden.
- Minderausgaben i. H. v. 93,7 T€ aufgrund von **Erkrankungen ohne Lohnfortzahlung**
- Einsparungen i. H. v. rd. 64,0 T€ bei den nicht steuerbaren **Beihilfen und Unterstützungsleistungen** an aktive Beamte und Arbeitnehmer
- Weitere Einsparungen resultieren aus einer Verringerung der **Beiträge zur Unfallversicherung** in Höhe von rd. 1,0 T€.

Dem steht folgender Mehrbedarf bei den Personalaufwendungen gegenüber:

- Erhöhter **Aufwand für Auszubildende** i. H. v. rd. 43,4 T€
- Erhöhter **Aufwand für Personalnebenausgaben** i. H. v. 10 T€

Teilhaushalt 01 – Zentrale Verwaltung

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2015	Prognose zum 31.12.2015	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2015	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	8.084.850 €	8.033.293 €	-51.557 €	-0,6%	6.868.944 €	85,0%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	22.290.215 €	21.848.215 €	-442.000 €	-2,0%	7.609.067 €	34,1%
Verwaltungsergebnis	-14.205.365 €	-13.814.922 €	390.443 €	-2,7%	-740.122 €	5,2%
Finanzergebnis	80.000 €	80.000 €	0 €	0,0%	29.612 €	37,0%
Ordentliches Ergebnis	-14.125.365 €	-13.734.922 €	390.443 €	-2,8%	-710.510 €	5,0%
Außerordentliches Ergebnis	-26.900 €	26.337 €	53.237 €	-197,9%	38.051 €	-141,5%
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	-14.152.265 €	-13.708.585 €	443.680 €	-3,1%	-672.459 €	4,8%

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 390,4 T€ gegenüber dem Ansatz. Die Ertragseinbußen bei den Öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (- 76,5 T€) können durch Einsparungen bei den Personalaufwendungen (- 286,1 T€), bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (- 114,9 T€) sowie bei den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse (- 41 T€) vollständig kompensiert werden. Ferner erhöhen sich die Kostenersatzleistungen und -erstattungen um 23 T€ sowie die sonstigen ordentlichen Erträge um rd. 1,9 T€.

Bei den **Gebühren des Revisionsamtes** ist mit Ertragseinbußen i. H. v. rd. 70 T€ zu rechnen. Diese Verschlechterung korrespondiert mit geringeren Personalaufwendungen (-61,6 T€) und ist primär auf die Nicht-Wiederbesetzung der Stelle einer Vollzeit-Verwaltungsprüferin nach Ausscheiden Anfang Januar 2015 zurückzuführen. Ferner werden niedrigere öffentliche-rechtliche **Leistungsentgelte im Bereich Ordnungs- und Gewerwesen** (rd. - 6,5 T€) erwartet. Aufgrund einer geringeren Teilnehmerzahl bei den **Heilpraktikerprüfungen** und aufgrund einer höheren Durchfallquote werden sich die Erlaubnisgebühren um rd. 3,4 T€ reduzieren. Im Bereich der **Fischereiprüfung** wird mit einem Minus von rd. 1,5 T€ kalkuliert. Eine geringere Anzahl von **Wanderlageranzeigen nach GewO** schlägt mit Ertragseinbußen von rd. 1,6 T€ zu Buche. Tendenziell sind evtl. auch Mindererträge bei **Jagdscheinerteilungen** zu befürchten. Hier kann jedoch erst i. R. des 2. Finanz- und Controllingberichts eine konkretere Aussage getroffen werden. Bei den Produkten der Abteilung **EDV, Organisation und zentrale Dienste** (1070 und 1081) wird jeweils mit um 10 T€ erhöhten **Kostenerstattungen seitens des Eigenbetriebs L-SG** kalkuliert.

Bei den **Personalaufwendungen** wird in diesem Teilhaushalt mit Wenigeraufwendungen i. H. v. insgesamt 286,1 T€ gerechnet. Aufgrund von Stellenvakanzen sind neben dem Revisionsamt (s. o.) insbesondere bei den Produkten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (- 96,9 T€), Zulassungs- und Führerscheinwesen (- 85,2 T€), Haushaltsplanung und Finanzmanagement (- 85,2 T€) sowie Repräsentation und Kontaktpflege (- 41,1 T€) Einsparungen zu erwarten. Mehraufwendungen ergeben sich dagegen primär beim Produkt Zentrale Dienste und Fuhrpark (+ 60 T€) aufgrund der Ab-

rechnung eines Beschäftigten bei der Abteilung L-1/4, dessen Personalaufwendungen ursprünglich beim Eigenbetrieb L-SG veranschlagt waren, sowie beim Produkt Rechtsberatung und -betreuung (+ 37,9 T€) aufgrund eines befristeten Arbeitsvertrages.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** verringern sich um 114,9 T€. Diese Verbesserung ist in erster Linie auf die Verringerung der Leasing-Aufwendungen beim Produkt IT-Management um rd. 100 T€ aufgrund ausgelaufener Verträge und günstigerer Konditionen bei Neuabschlüssen zurückzuführen. Ferner reduzieren sich die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen beim Produkt Brand- und Katastrophenschutz voraussichtlich um rd. 13,4 T€. Bei den **Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse** ist mit einer Verbesserung von 41 T€ zu rechnen. 31 T€ hiervon entfallen auf den Brand- und Katastrophenschutz und 10 T€ auf das Produkt Allgemeines Veterinärwesen. Voraussichtlich fällt die Zuweisung für die Tierkörperbeseitigung nicht so hoch aus, wie bei der Veranschlagung kalkuliert.

Die **außerordentlichen Erträge** erhöhen sich voraussichtlich um rd. 43,8 T€. Hierbei handelt es sich primär um periodenfremde Erträge im Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen (+ 21,5 T€) sowie um Erstattungen des Eigenbetriebs L-SG für den Gesamtpersonalrat, das Jahr 2014 betreffend.

Forderungswesen: Insolvenzstatistik, Niederschlagungen, Vollstreckung, zentrale Rückstandsdatei

Zum 15.04.2015 beträgt die Summe aller Forderungen aus insgesamt 857 **Insolvenzfällen** 1.586.524,18 €. Das heißt, die durchschnittliche Forderung aus Insolvenzfällen beträgt 1.851,25 €. Die höchste Einzelforderung beläuft sich auf 53.763,51 €. In acht Fällen mit einer Gesamtforderung von 10.403,80 € wurde **Ratenzahlung** gewährt. Sechs Fälle mit einem Gesamtvolumen von 35.951,86 € befinden sich in der Vollstreckung.

Die Gesamtsumme der nicht ausgebuchten **Niederschlagungen** beträgt 1.149.840,75 €. Die Anzahl der Niederschlagungen beträgt 1.597. Zwischen dem 01.01.2015 und dem 31.05.2015 wurden 620 Forderungen mit einem Gesamtwert von 258.201,17 € niedergeschlagen.

Es befinden sich derzeit (Stand 05.05.2015) 4.302 Forderungen in der **Vollstreckung**. Es handelt sich hierbei um 1.946 **eigene Forderungen** und um 2.356 **Fremdforderungen**.

Die Einnahmen aus der zentralen **Rückstandsdatei** für das Zulassungswesen betragen von Februar 2010 bis Mai 2015 rd. 530 T€.

Teilhaushalt 02 – Schule und Kultur

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2015	Prognose zum 31.12.2015	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2015	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	62.092.500 €	62.085.422 €	-7.078 €	0,0%	22.997.330 €	37,0%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	62.589.400 €	63.130.419 €	541.019 €	0,9%	19.068.597 €	30,5%
Verwaltungsergebnis	-496.900 €	-1.044.997 €	-548.097 €	110,3%	3.928.733 €	-790,6%
Finanzergebnis	-1.067.650 €	-1.067.625 €	25 €	0,0%	-1.077.151 €	100,9%
Ordentliches Ergebnis	-1.564.550 €	-2.112.622 €	-548.072 €	35,0%	2.851.582 €	-182,3%
Außerordentliches Ergebnis	35.000 €	428.595 €	393.595 €	1124,6%	428.595 €	1224,6%
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	-1.529.550 €	-1.684.027 €	-154.477 €	10,1%	3.280.177 €	-214,5%

Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um rd. 548,1 T€ gegenüber dem Ansatz. Das ist primär auf einen Anstieg der ordentlichen Aufwendungen um rd. 541 T€ zurückzuführen, während sich die ordentlichen Erträge mit einem Rückgang um rd. 7,1 T€ voraussichtlich nur marginal verändern. Im außerordentlichen Ergebnis wird eine Verbesserung um rd. 393,6 T€ erwartet, womit im Jahresergebnis eine prognostizierte Verschlechterung i. H. v. rd. 154,5 T€ verbleibt.

Die Verschlechterung bei den ordentlichen Aufwendungen liegt in einem Anstieg der **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** begründet. Diese werden sich voraussichtlich um rd. 560,3 T€ gegenüber dem Ansatz erhöhen. Hauptverantwortlich hierfür sind **überplanmäßige Aufwendungen** i. H. v. 258,1 T€ im Bereich der **Schülerbeförderung**. Die ÜPL dient zur **Finanzierung des Mehrbedarfs der VRN GmbH im Zusammenhang mit einem zusätzlichen Aufwand aufgrund der Insolvenz der Fa. Werner** (Bensheim). Für detaillierte Informationen wird auf die KA-Vorlage 17-1679 vom 01.06.2015 (KA-Beschluss vom 08.06.2015) verwiesen. Außerdem wurden Sach- und Dienstleistungen i. H. v. rd. 309,4 T€ auf den Produkten 2010 bis 2070 gebucht. Es handelt sich hierbei um **Haushaltsausgabereste verschiedener Schulen** i. H. v. rd. 157 T€ gem. KA-Beschluss vom 02.03.2015 sowie um **Haushaltsreste 2014 bei den GTA-Landesmitteln** i. H. v. rd. 152,4 T€. Ferner sind **außerordentliche Mehrerträge** i. H. v. rd. 410,6 T€ bei der Schülerbeförderung entstanden (**Rückzahlung der VRN-GmbH** für die Jahresabschlussrechnungen 2010-2013).

Bei der **Kreisvolkshochschule** ist mit Ertragseinbußen bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten i. H. v. rd. 10 T€ zu rechnen. Grund hierfür ist ein reduziertes Angebot bei kaum nachgefragten Kursen. Aufgrund schwacher Teilnehmerzahlen wurden Kurse fusioniert. Dem stehen aber auch entsprechende Einsparungen bei den Dozenten honoraren i. H. v. 7,5 T€ gegenüber. Aufgrund von Personalwechseln ergeben sich zudem Einsparungen i. H. v. 19,8 T€ beim Personalaufwand. Insgesamt reduziert sich der **Zuschussbedarf für die KVHS** um rd. 15,8 T€ auf rd. 427,3 T€.

Teilhaushalt 03 – Soziales und Jugend

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2015	Prognose zum 31.12.2015	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2015	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	104.001.648 €	107.972.183 €	3.970.535 €	3,8%	34.277.432 €	33,0%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	182.751.170 €	186.004.801 €	3.253.631 €	1,8%	57.597.981 €	31,5%
Verwaltungsergebnis	-78.749.522 €	-78.032.618 €	716.904 €	-0,9%	-23.320.549 €	29,6%
Finanzergebnis	0 €	1.099 €	1.099 €		1.099 €	
Ordentliches Ergebnis	-78.749.522 €	-78.031.519 €	718.003 €	-0,9%	-23.319.450 €	29,6%
Außerordentliches Ergebnis	-975.200 €	-975.263 €	-63 €	0,0%	-427.054 €	43,8%
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	-79.724.722 €	-79.006.782 €	717.940 €	-0,9%	-23.746.504 €	29,8%

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 716,9 T€. Höhere ordentliche Erträge (+ 3.970,5 T€) kompensieren höhere ordentliche Aufwendungen (+ 3.253,6 T€). Die einzelnen Teilbereiche stellen sich wie folgt dar:

Teilbereich Sozialhilfe (Produkte 3010 bis 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220):

Bei den ordentlichen Erträgen sind insgesamt Verbesserungen i. H. v. rd. 3.871,2 T€ zu erwarten, die ordentlichen Aufwendungen hingegen erhöhen sich um rd. 4.135,7 T€, so dass sich das Ordentliche Ergebnis im Teilbereich Soziales um rd. 264,5 T€ gegenüber der Haushaltsplanung verschlechtert. Die einzelnen Hilfearten entwickeln sich voraussichtlich wie folgt:

- **Hilfe zum Lebensunterhalt (3010):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 32,9 T€. Die Transferaufwendungen reduzieren sich um 66 T€: außerhalb von Einrichtungen wurde die prognostizierte Fallsteigerung bereits im I. Quartal 2015 erreicht. Eine leichte Reduzierung gab es bei den mtl. Kosten pro Fall (349 € statt 351 €). Dies führt zu einer Aufwandsreduzierung von rd. 3,5 T€. Die Aufwendungen für die Verwandtenpflege beim Jugendamt werden auf Grundlage des Ergebnisses 2014 ebenfalls etwas geringer eingeschätzt als ursprünglich geplant (500 T€ statt 535 T€); innerhalb von Einrichtungen wird aufgrund rückläufiger mtl. Fallkosten (Plan: 330 €, Prognose: 277 €) trotz steigender Fallzahlen (236 statt 205 Fälle) ebenfalls mit Wenigeraufwendungen (- 27,5 T€) kalkuliert. Die Erträge aus dem Sozialhilfelastenausgleich verringern sich gem. vorl. Erlass vom 17.02.2015 um rd. 17,8 T€. Die Personalaufwendungen erhöhen sich aufgrund von Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung um 15,3 T€.

- **Hilfe zur Pflege (3020):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 370,6 T€. Die Transferaufwendungen reduzieren sich um 367,4 T€: Die Entwicklung der Fallzahlen bei den Hilfen innerhalb von Einrichtungen hat die Prognosewerte bisher nicht erreicht (Plan: 678 Fälle, Prognose: 630 Fälle). Durch die verspätete Rechnungsstellung der Altenpflegeheime werden die Auszahlungen sehr zeitverzögert vorgenommen. Dadurch kommt es immer wieder zu Verzerrungen der Kostenstruktur. Bis Jahresende sind noch Annäherungen an die Prognosewerte zu erwarten. Außerhalb von Einrichtungen zeichnen sich derzeit noch keine nennenswerten Prognoseabweichungen ab. Die Erträge aus dem Sozialhilfelastenausgleich verringern sich gem. vorl. Erlass vom 17.02.2015 um rd. 14,3 T€. Bei den Kostenersatzleistungen und -erstattungen wird hingegen mit Mehrerträgen i. H. v. rd. 16,5 T€ gerechnet.
- **Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (3030):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 797,8 T€. Die Transferaufwendungen verringern sich voraussichtlich um 856,5 T€. Bei der Integration in Tageseinrichtungen wird mit einem Fallzahlenrückgang (230 statt 280 Fälle) sowie mit niedrigeren mtl. Fallkosten (1.532 € statt 1.640 €) kalkuliert. Bei der sonstigen Eingliederungshilfe werden ebenfalls niedrigere Fallkosten (462 € statt 588 € mtl.) erwartet, allerdings höhere Fallzahlen (427 statt 275 Fälle). Insgesamt lassen sich die zu erwartenden Aufwendungen nach Ablauf eines Quartals schwer prognostizieren, da im Sachgebiet aufgrund mangelhafter personeller Ausstattung erhebliche Bearbeitungsrückstände bestehen. Die o. g. Fallzahlen und Kosten pro Fall sind Schätzungen auf Basis der Vorjahresergebnisse und der bisher abgeschlossenen Vorgänge. Insofern sind die Daten nur bedingt valide. Bei der Eingliederungshilfe in Einrichtungen wird vorläufig von keinen wesentlichen Änderungen ausgegangen. Die Erträge aus dem Sozialhilfelastenausgleich verringern sich gem. vorl. Erlass vom 17.02.2015 um rd. 71,6 T€. Die Erträge aus Transferleistungen erhöhen sich hingegen um rd. 41,4 T€. Die Personalaufwendungen erhöhen sich aufgrund von Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung um 28,5 T€.
- **Hilfen zur Gesundheit (3040):** Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um rd. 66,5 T€. Das ist primär auf höhere Personalaufwendungen (+ 67 T€) aufgrund von Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung zurückzuführen.
- **Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen (3050):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 19,7 T€. Das ist primär auf niedrigere Personalaufwendungen (- 19,1 T€) aufgrund von Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung zurückzuführen.
- **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (3060):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 80,7 T€. Die Transferaufwendungen verringern sich um 717,7 T€. Die prognostizierten Fallzahlen wurden im I. Quartal 2015 noch nicht erreicht (Fallzahlprognose: 2.022 statt 2.050 Fälle). Die Kosten pro Fall sind bisher ebenfalls geringer ausgefallen (449 € statt 472 € mtl.). Da die Steigerungen erfahrungsgemäß kontinuierlich im Jahreserlauf entstehen, ist davon auszugehen, dass es bis Jahresende noch zu einer Annäherung an Planwert

kommt. Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen verringern sich um 701,2 T€. Die Zuweisung des Bundes gem. § 46a SGB XII reduziert sich analog der Transferaufwendungen um 717,5 T€. Die Pauschale Kostenerstattung nach § 7 LAG erhöht sich um rd. 14 T€ (derzeit 4 Personen; 562,22 € mtl.); ferner Erhöhung des Sozialhilfelausgleichs nach § 23 FAG um rd. 2,3 T€. Der Personalaufwand sinkt um 64,1 T€ aufgrund von Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung sowie der zeitweisen Vakanz von Stellen.

- **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (3080):** Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich signifikant um rd. 1.652,6 T€!
 - o Die **Transferaufwendungen** erhöhen sich um 3.500 T€. Sowohl bei den Leistungen nach § 2 AsylbLG als auch bei den Leistungen nach § 3 AsylbLG wird mit Fallzahlensteigerungen (546 statt 150 Personen nach § 2 bzw. 1.262 statt 906 Personen nach § 3) und mit Kostensteigerungen (237 € statt 234 € mtl. nach § 2 bzw. 291 € statt 281 € mtl. nach § 3) gerechnet. Die Krankenhilfekosten wurden anhand des Durchschnittsaufwandes pro Person aus dem Vorjahr hochgerechnet (2.684.100 € statt 1.624.000 €). Durch die zeitverzögerte Abrechnung der Krankenhilfekosten wird sich der Wechsel von § 3 nach § 2 frühestens zum Jahresende bemerkbar machen. Im Jahr 2015 wird der Transferaufwand, neben den ständig steigenden Flüchtlingszahlen, auch durch das Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Sozialrechts, das zum 01.01.2015 in Kraft getreten ist, wesentlich beeinflusst. Durch die Verkürzung der Wartezeit für den Wechsel von § 3 nach § 2 AsylbLG (§ 2 Abs. 1 AsylbLG) ergibt sich eine erhebliche Verschiebung der Aufwendungen zwischen diesen beiden Leistungsbereichen. Gem. § 1 Abs. 1 Nr. 3 des Änderungsgesetzes zum AsylbLG wurden zum 01.03.2015 insgesamt 97 Personen in die Leistungsbereiche des SGB II bzw. SGB XII überführt. Dies führt zwar zu einer Entlastung im Produkt 3080 i. H. v. geschätzt 143,9 T€, dies kann den Mehraufwand durch die ständig steigende Anzahl von Leistungsberechtigten jedoch nicht kompensieren. Mit Schreiben vom 08.04.2015 kündigt das Regierungspräsidium Darmstadt für den Kreis Bergstraße die Zuweisung von bis zu 495 Personen im II. Quartal 2015 an, d. h. 123 Personen pro Monat. Die o. a. Kalkulation geht, nach Abzug der Abgänge, die sich erfahrungsgemäß pro Monat ergeben, von einem Nettoanstieg von 62 Personen pro Monat im Leistungsbereich des § 3 AsylbLG aus. Auch berücksichtigt ist der Wechsel von durchschnittlich 38 Personen pro Monat von § 3 nach § 2 AsylbLG.
 - o Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** erhöhen sich ebenfalls (+ 2.581,8 T€). Durch den ständig steigenden Zustrom von Flüchtlingen werden 2015 wesentlich höhere Aufwendungen für die Unterbringung erwartet als ursprünglich prognostiziert. Die **Unterhaltung der kreiseigenen Liegenschaften** wird zunehmend teurer (163,7 T€ statt 114,2 T€). Bereits im I. Quartal sind wesentlich höhere Kosten für Instandhaltung für Einrichtung und Ausstattung angefallen als veranschlagt. Durch die nahezu dauerhaft vollständige Belegung der Unterkünfte zeichnen sich außerdem erhebliche Steigerungen bei den Energie- und Wasserkosten ab. Die **Anmietung von Unterkünften von privaten Betreibern** gestaltet sich immer schwieriger, die Akquise kann mit dem Zustrom von Flüchtlingen kaum schritthalten. Entsprechend müssen bei den Verhandlungen auch höhere Preise und Mindestbelegungsgarantien akzeptiert werden (Aufwand: 3.970,4 T€ statt 1.500 T€). Inkl. der Unterkünfte, die die Städte und Gemeinden des Kreises i.

R. der Direktzuweisung zur Verfügung stellen, stehen mit Stand 30.05.2015 insgesamt 73 Unterkünfte mit 1.493 Plätzen zur Verfügung. Im Laufe der Monate Juni und Juli kommen 5 weitere Häuser mit 208 Plätzen hinzu. Derzeit sind weitere Häuser in Verhandlung. Bis Jahresende werden noch weitere Unterkünfte gesucht. Bei den **Kosten für privaten Wohnraum** werden die Kostensteigerungen eher moderat eingeschätzt (579,6 T€ statt 535 T€). Es ist generell schwierig Wohnraum zu einem sozialhilferechtlich angemessenen Mietpreis zu finden, gleichzeitig treten die Asylbewerber am Wohnungsmarkt in Konkurrenz mit Leistungsberechtigten nach dem SGB II, dem SGB XII und sog. „Geringverdienern“. Dies wird auch deutlich durch die „Fehlbelegung“. Es halten sich durchschnittlich 120 Personen in den Gemeinschaftsunterkünften auf, die aufgrund ihres ausländerrechtlichen Status zwischenzeitlich Leistungen nach dem SGB II erhalten und keinen angemessenen Wohnraum auf dem privaten Wohnungsmarkt finden. Die **Betriebskosten der Verwaltung** steigen analog (35,9 T€ statt 18,6 T€), besonders zu erwähnen sind hier zunehmend Kosten für die Anmietung von Kleinbussen zur Verbringung der Asylbewerber in die Gemeinschaftsunterkünfte bzw. im Falle der vorläufig zugewiesenen Flüchtlinge zur Antragstellung nach Gießen in die Erstaufnahmeeinrichtung und zurück.

- Im Gegenzug erhöhen sich die **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen** um 4.568,7 T€. Die Anzahl der abrechenbaren Personen wurde auf Basis der Stichtagsmeldungen für das I. und II. Quartal 2015 und der zu erwartenden Neuzuweisungen mit 1.200 Personen (statt 715) hochgerechnet. Durch die Verordnung zur Änderung der Anpassungsverordnung zum Landesaufnahmegesetz (LAGAnpassV) vom 24.03.2015 wurde die Pauschale nach § 7 LAG für den Kreis Bergstraße rückwirkend ab 01.01.2015 von 562,22 € auf 652,20 € pro Person und Monat angehoben. Dadurch können die Mehraufwendungen für Transferleistungen und Unterkunft allerdings nur teilweise aufgefangen werden.
 - Die **Personalaufwendungen** erhöhen sich um 148,1 T€ wg. zusätzlicher befristeter Arbeitsplätze in der Asylbewerberbetreuung.
- **Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege (3101):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 14,5 T€. Das ist ausschließlich auf niedrigere Personalaufwendungen wg. Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung sowie diverser Personalveränderungen zurückzuführen.
- **Sonstige Hilfen und Sozialleistungen (3130):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 138,3 T€. Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen erhöhen sich um 37,8 T€. Es handelt sich um die pauschalen Zuweisungen des Landes für die Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern in Höhe von einmalig 2.700 € pro Person. Aufgrund der rückläufigen Zuweisungen der vergangenen Jahre wurde mit nur einer Person gerechnet. Seit 2014 steigen die Zugänge an Spätaussiedlern erneut an. Bis auf weiteres wird mit jährlich 15 Personen gerechnet. Außerdem verringern sich die die Personalaufwendungen um 99,7 T€ aufgrund von Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung sowie diverser Personalveränderungen.

Beim Produkt 3220 werden keine wesentlichen Veränderungen gegenüber den Haushaltsansätzen prognostiziert.

Teilbereich SGB II (Produkt 3070)

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 703,6 T€. Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen erhöhen sich um 145 T€. Aufgrund des signifikanten Anstiegs der Flüchtlinge wird mit höheren Erstattungen des Landes Hessen gerechnet. Bei den Transferaufwendungen wird mit einer Verbesserung i. H. v. rd. 623,6 T€ gerechnet. Im Haushaltsansatz 2015 wurden die Anhebung der Mietobergrenzen sowie die Regelsatzerhöhung berücksichtigt. Trotz dieser Erhöhungen kann der Ansatz voraussichtlich unterschritten werden. Die Erträge aus Transferleistungen werden sich hingegen um rd. 65,1 T€ reduzieren.

Teilbereich Jugendhilfe (Produkte 3120, 3140 bis 3210)

Bei den ordentlichen Erträgen sind insgesamt ordentliche Mehrerträge i. H. v. rd. 20,6 T€ zu erwarten, die ordentlichen Aufwendungen verringern sich voraussichtlich um rd. 258,4 T€, so dass sich das Ordentliche Ergebnis im Teilbereich Jugend um rd. 279 T€ gegenüber der Haushaltsplanung verbessert. Die einzelnen Hilfearten entwickeln sich voraussichtlich wie folgt:

- **Unterhaltsvorschussleistungen (3120):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 531 T€. Die Transferaufwendungen verringern sich voraussichtlich um 361 T€. Hier ist, bei linearerer Entwicklung, ein leichter Rückgang der Transferaufwendungen zu erwarten. Dies kann jedoch nicht als gesichert angesehen werden, da die Zahl der Antragsteller nicht beeinflusst werden kann. Des Weiteren sind die Aufwendungen und Erträge im Bereich Unterhaltsvorschuss immer von der finanziellen Leistungsfähigkeit der beteiligten Personen abhängig. Eine Steuerung ist in diesem Bereich nur im Rahmen einer qualifizierten und kontinuierlichen Sachbearbeitung möglich. Bei den Transfererträgen wird eine Ergebnisverbesserung um 170 T€ prognostiziert. Die Rückholquote liegt am 30.04.2015 bei 14,3%. Von den Erträgen im Bereich UVG verbleibt nur 1/3 beim Kreis Bergstraße, die anderen 2/3 werden an das Land abgeführt. Die Ertragsentwicklung ist zum Erhebungszeitpunkt am 30.04.2015 positiv und bei gleichbleibender Entwicklung ist mit einer leichten Ergebnisverbesserung zu rechnen. Dies ist vor allem auf die inzwischen vollzogene Umstrukturierung – neuer Fachbereich (Amtsvormundschaft, Wirtschaftliche Jugendhilfe und Unterhaltswesen) mit neuer Fachbereichsleitung – zurückzuführen, die eine kontinuierliche Sachbearbeitung gewährleisten kann.
- **Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege (3140):** Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um rd. 48,5 T€. Dies ist ausschließlich auf einen höheren Personalaufwand aufgrund von Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung sowie diverse Personalveränderungen zurückzuführen. Bei den Kostenersatzleistungen und -erstattungen handelt es sich um Kostenerstattungen für Veranstaltungen und Weiterbildungen für Fachkräfte durch die Kindertagesstätten-Fachberatung des Jugendamtes. Die Veranstaltungen sind für das gesamte Jahr 2015 geplant, d.h. die Erträge werden ebenfalls im Jahresverlauf erwartet. Bei den Erträgen aus Transferleistungen (Kostenerstattungen der Zahlungen an die Tagespflegepersonen) kann bei gleichbleibender Entwicklung der Ansatz gehalten wer-

den. Bei der Rückerstattung von KITA-Gebühren ist eine Entwicklung derzeit nicht absehbar bzw. steuerbar. Für die Transferaufwendungen kann nach dem ersten Quartal keine zuverlässige Prognose abgegeben werden. Bei einer linearen Hochrechnung kann der Ansatz im Haushaltsjahr 2015 gehalten werden.

- **Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen (3151):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 12,2 T€. Diese Verbesserung begründet sich primär in höheren Erträgen aus Zuweisungen und Zuschüssen (+ 139,9 T€). Die Landeszuschüsse für die Frühen Hilfen, das Kommunale Jugendbildungswerk sowie für die Kinder- und Jugendberufshilfe wurden noch nicht in voller Höhe ausbezahlt. Durch geänderte Verteilung des Jugendhilfelausgleichs auf die Produkte des Jugendamtes ist mit einer Überschreitung des Ansatzes zu rechnen. Die Gesamthöhe des Jugendhilfelausgleichs für das Jugendamt bleibt von der Umverteilung unberührt. Der Jugendhilfelausgleich wird im Haushaltsjahr 2015 letztmalig auf die Produkte des Jugendamtes verteilt. Ab dem Haushaltsjahr 2016 entfällt der Jugendhilfelausgleich im Zuge des neuen Kommunalen Finanzausgleichs. Die Gelder werden zukünftig von der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen (I-5/1) über die Schlüsselzuweisung vereinnahmt. Dieser Ergebnisverbesserung stehen höhere Personalaufwendungen (+ 127,7 T€) gegenüber, die sich in Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung sowie in diversen Personalveränderungen begründen. Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen handelt es sich im Wesentlichen um vertraglich vereinbarte Zahlungen für Nebenkosten der Erziehungsberatungsstellen. Ab dem Haushaltsjahr 2016 wird der Eigenbetrieb „Schule und Gebäudewirtschaft“ (L-SG) die Gebäudeunterhaltung abwickeln. Der Kreiszuschuss an L-SG wird im Haushaltsjahr 2016 entsprechend angehoben. Bei den Transferaufwendungen ist eine Fall- und Kostenentwicklung zum Erhebungszeitpunkt noch nicht absehbar. Bessere Prognosen werden mit dem zweiten Finanz- und Controllingbericht möglich sein.
- **Hilfe zur Erziehung (3170):** Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um rd. 408,7 T€. Dies ist zum einen auf höhere Personalaufwendungen (+ 119,4 T€) aufgrund von Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung sowie diversen Personalveränderungen zurückzuführen, zum anderen wird bei den Erträgen aus Transferleistungen mit Einbußen i. H. v. 290 T€ gerechnet. Die Heranziehung der zahlungspflichtigen Eltern ist durch die Änderungen des Prüfverfahrens im Rahmen des neuen Kinder- und Jugendhilferechtsvereinfachungsgesetz (KJVVVG) schwieriger geworden. Zudem ist die Kostenbeitragspflicht der Eltern durch die gesetzlichen Änderungen reduziert worden. In der wirtschaftlichen Jugendhilfe wurden organisatorische Änderungen erforderlich, da sich die bisherige dezentrale Organisationsstruktur nicht bewährt hat. Der Rückgang der Transfererträge im Haushaltsjahr 2014 war ein Indiz hierfür. Im ersten Schritt wurde die wirtschaftliche Jugendhilfe dem neu geschaffenen Fachbereich 6 - Amtsvormundschaft, Wirtschaftliche Jugendhilfe und Unterhaltswesen – zugeordnet. Damit soll eine optimierte Sachbearbeitung / Steuerung – analog dem Bereich Unterhaltsvorschussleistungen – gewährleistet werden. Der Ansatz beim Transferaufwand kann, trotz weiter steigender Fallzahlen bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, voraussicht-

lich gehalten werden. Eine Entwicklung der Fallzahlen kann aufgrund von Rechtsansprüchen nicht sicher prognostiziert werden. Momentan wird nicht von einer Überschreitung der Ansätze ausgegangen.

- **Hilfe für junge Volljährige (3190):** Bei diesem Produkt werden derzeit keine Veränderungen gegenüber den Haushaltsansätzen prognostiziert. Die Kostenerstattungen der überörtlichen Träger für die unbegleiteten volljährigen Flüchtlinge werden halbjährlich abgerechnet. Im Haushaltsjahr 2015 erfolgt die erste Abrechnung Anfang Juli für die vorangegangenen 6 Monate. Eine verlässliche Prognose ist daher noch nicht möglich. Fallzahlen und Kostenentwicklung lassen derzeit auch nicht auf eine Überschreitung des Ansatzes für die Transferaufwendungen schließen. Eine Fallzahlensteigerung bei den unbegleiteten volljährigen Flüchtlingen (§7 I Nr.3 SGB VIII – Im Sinne dieses Buches ist junger Volljähriger, wer 18, aber noch nicht 27 Jahre alt ist; §41 I SGB VIII – Die Hilfe wird in der Regel nur bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gewährt, in begründeten Einzelfällen soll sie für einen begrenzten Zeitraum darüber hinaus fortgesetzt werden) wurde bereits 2014 eingeplant.
- **Eingliederungshilfe (3200):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 129,9 T€. Dies ist ausschließlich auf einen niedrigeren Personalaufwand aufgrund von Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung sowie diverse Personalveränderungen zurückzuführen. Während die Aufwendungen für die Teilhabeassistenzen / Schulbegleitungen nach § 35 a SGB VIII stagnieren, steigen die Aufwendungen für ambulante Therapien weiterhin stark an. Die ambulanten Therapien, z.B. im Bereich Autismus, sind sehr kostenintensiv und seitens des Jugendamtes nur marginal steuerbar, da der Rechtsanspruch auf der medizinischen Diagnostik beruht. Die Entwicklungen der Transferaufwendungen nach dem ersten Quartal deuten darauf hin, dass der Gesamtansatz im Haushaltsplan 2016 gehalten werden kann.
- **Andere Aufgaben der Jugendhilfe (3210):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 63,1 T€. Dies ist ausschließlich auf einen niedrigeren Personalaufwand aufgrund des Endes einer Lohnfortzahlung, eines befristeten Arbeitsverhältnisses sowie auf Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung zurückzuführen. Vorläufige Schutzmaßnahmen, wie beispielsweise die Inobhutnahme, sind weder steuerbar noch ist der Aufwand zu prognostizieren. Der Haushaltsansatz orientiert sich immer an den Erfahrungswerten des Vorjahres, an der aktuellen Fallzahlenentwicklung und an den Aufwendungen der Vorperioden. Nach derzeitigem Stand kann der Ansatz für die Transferaufwendungen im Haushaltsjahr 2015 gehalten werden.

Teilhaushalt 04 – Gesundheit und Sport

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2015	Prognose zum 31.12.2015	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2015	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	180.000 €	199.000 €	19.000 €	10,6%	73.492 €	40,8%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	2.725.514 €	2.821.814 €	96.300 €	3,5%	786.411 €	28,9%
Verwaltungsergebnis	-2.545.514 €	-2.622.814 €	-77.300 €	3,0%	-712.919 €	28,0%
Finanzergebnis	0 €	0 €	0 €		0 €	
Ordentliches Ergebnis	-2.545.514 €	-2.622.814 €	-77.300 €	3,0%	-712.919 €	28,0%
Außerordentliches Ergebnis	0 €	1.422 €	1.422 €		214 €	
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	-2.545.514 €	-2.621.392 €	-75.878 €	3,0%	-712.706 €	28,0%

Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um 77,3 T€ gegenüber den Haushaltsansätzen. Dies ist in erster Linie auf höhere **Personalaufwendungen** (+ 96,3 T€) zurückzuführen. Aufgrund von befristeten Arbeitsverhältnissen erhöhen sich diese um 56,6 T€ beim Produkt *Gesundheitshilfen und Prävention* (4011) und um 39,7 T€ beim Produkt *Gesundheitsschutz* (4020). Ferner reduzieren sich die **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen** bei Produkt 4011 um 7 T€. Der Haushaltsansatz war bereits in den letzten Jahren zu hoch. Grund für den Minderertrag ist der Wegfall der sportärztlichen Untersuchungsstelle und damit des Zuschusses für Untersuchungen der Kadersportler (damit einhergehend auch Verminderung des Personalaufwandes wg. Wegfall Honorarauszahlungen in gleicher Höhe).

Ergebnisverbessernd wirken sich hingegen erwartete Mehrerträge bei den **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** (+ 25 T€) aus. 20 T€ entfallen auf das Produkt 4020 und resultieren aus einem Anstieg bei den Lebensmittelbelehrungen und aus einer Erhöhung der Begehungszahlen (Praxen, Trinkwasseranlagen u. a.). 5 T€ entfallen auf das Produkt 4011. Hier werden Mehrerträge durch Fahrerlaubnisgutachten und Gelbfieberimpfungen erwartet. Ferner werden bei diesem Produkt **Kostenersatzleistungen und -erstattungen** i. H. v. 1 T€ prognostiziert.

Für das Produkt „*Sportförderung*“ werden keine Änderungen gegenüber den Haushaltsansätzen erwartet.

Teilhaushalt 05 – Gestaltung der Umwelt

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2015	Prognose zum 31.12.2015	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2015	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	5.442.740 €	5.560.210 €	117.470 €	2,2%	3.438.064 €	63,2%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	12.569.977 €	13.011.741 €	441.764 €	3,5%	4.954.115 €	39,4%
Verwaltungsergebnis	-7.127.237 €	-7.451.531 €	-324.294 €	4,6%	-1.516.050 €	21,3%
Finanzergebnis	0 €	0 €	0 €		0 €	
Ordentliches Ergebnis	-7.127.237 €	-7.451.531 €	-324.294 €	4,6%	-1.516.050 €	21,3%
Außerordentliches Ergebnis	-2.600.000 €	-2.601.628 €	-1.628 €		-4.054 €	
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	-9.727.237 €	-10.053.159 €	-325.922 €	3,4%	-1.520.105 €	15,6%

Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um rd. 324,3 T€ gegenüber den Planansätzen. Die ordentlichen Erträge erhöhen sich voraussichtlich um rd. 117,5 T€, die ordentlichen Aufwendungen erhöhen sich um rd. 441,8 T€.

Die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** erhöhen sich um rd. 17,5 T€. Diese Verbesserung ist primär auf prognostizierte Mehrerträge i. H. v. 17 T€ beim Produkt *Immissionsschutz und Schornsteinfegerwesen* zurückzuführen. Bis zum Berichtsstichtag konnte bereits ein Mehrertrag von rd. 10 T€ generiert werden, nachdem eine freie Stelle nachbesetzt wurde. Neben der Bearbeitung laufender Fälle konnten auch Altfälle abgearbeitet werden. Die **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen** erhöhen sich um rd. 100 T€. Hiervon entfallen rd. 45 T€ auf die Infrastrukturkostenhilfe des Landes Hessen beim Produkt *Öffentlicher Personennahverkehr*. Rd. 55 T€ entfallen auf das Produkt *Wirtschaftsförderung, Tourismus*. Es handelt sich um die Zuschüsse der Städte und Gemeinden als Gesellschafterkommunen der Wirtschaftsförderung GmbH i. R. des Betrauungsaktes. Beide Positionen sind durchlaufende Posten, denen ein **Aufwand für Zuweisungen und Zuschüsse** in identischer Höhe gegenübersteht.

Die **Personalaufwendungen** reduzieren sich um 172,2 T€. Von dieser Einsparung sind die Produkte *Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung* (- 36,6 T€, vorübergehende Stellenvakanz), *Landwirtschaft, Landschaftspflege und Forsten* (- 152,5 T€, Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung, vorübergehende Stellenvakanz, Umsetzung) sowie *Boden- und Gewässerschutz* (- 65,0 T€, Ende Lohnfortzahlung, vorübergehende Stellenvakanz) betroffen. Beim Produkt *Dorf- und Regionalentwicklung* werden hingegen Mehraufwendungen i. H. v. + 81,9 T€ (Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung) erwartet. Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** erhöhen sich voraussichtlich um 516,2 T€. Es handelt sich hierbei um **überplanmäßige Aufwendungen** beim Produkt *Öffentlicher Personennahverkehr* aufgrund des Mehrbedarfs der VRN GmbH im Zusammenhang mit der Insolvenz der Fa. Werner (vgl. hierzu Ausführungen unter Teilhaushalt 2).

Teilhaushalt 06 – Zentrale Finanzleistungen

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2015	Prognose zum 31.12.2015	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2015	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	156.422.415 €	156.117.563 €	-304.852 €	-0,2%	76.829.999 €	49,1%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	52.216.750 €	51.909.469 €	-307.281 €	-0,6%	49.440.899 €	94,7%
Verwaltungsergebnis	104.205.665 €	104.208.094 €	2.429 €	0,0%	27.389.101 €	26,3%
Finanzergebnis	-7.440.800 €	-4.039.968 €	3.400.832 €	-45,7%	-1.288.705 €	17,3%
Ordentliches Ergebnis	96.764.865 €	100.168.126 €	3.403.261 €	3,5%	26.100.395 €	27,0%
Außerordentliches Ergebnis	0 €	18.955 €	18.955 €		18.955 €	
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	96.764.865 €	100.187.081 €	3.422.216 €	3,5%	26.119.350 €	27,0%

Das **ordentliche Ergebnis** verbessert sich um rd. 3.403,3 T€ gegenüber der Veranschlagung. Diese Verbesserung ist mit rd. 3.400,8 T€ nahezu ausschließlich auf das **Finanzergebnis** zurückzuführen. Die Veränderung des **Verwaltungsergebnisses** ist mit + 2,4 T€ marginal.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** erhöhen sich beim Produkt *Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft* um rd. 19,1 T€. Die entstandenen Mehraufwendungen an Versicherungsbeiträgen betreffen ausschließlich die Eigenbetriebe (u. a. wurde die Schülerunfallversicherung irrtümlich vom Kreiskonto abgebucht). Analog hierzu ist die Erhöhung der **Kostenersatzleistungen und -erstattungen** um rd. 37,1 T€ zu sehen. Es handelt sich um Erstattungen durch die Eigenbetriebe für die o. g. Versicherungsbeiträge. Die **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen** verringern sich um rd. 342,3 T€. Während auf Grundlage der vorläufigen Festsetzung bei der **Landkreisschlüsselzuweisung** Mehrerträge von rd. 57,7 T€ entstehen, verringert sich die **Schuldendiensthilfe des Landes**, die i. R. des Kommunalen Schutzschirms für abgelöste Darlehen gewährt wird, um 400 T€. Zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung standen die Zinssätze für die Darlehen, die i. R. des kommunalen Schutzschirms abgelöst werden, noch nicht fest. Tatsächlich waren die Zinssätze zum Zeitpunkt der Festsetzung nur halb so hoch wie kalkuliert. Des Weiteren reduziert sich nach der vorläufigen Festsetzung die **LWV-Umlage** um rd. 241,6 T€, die **Krankenhausumlage** um rd. 84,7 T€.

Die **Finanzerträge** reduzieren sich um rd. 1.000 T€ bei den Bankzinsen aus Derivatgeschäften wegen der niedrigen Geldmarktzinsen. Die **Zinsaufwendungen für Investitionskredite** reduzieren sich um rd. 200 T€, da die Investitionskredite aus der Kreditermächtigung 2013 zum Teil nicht in Anspruch genommen wurde (1,15 Mio. €) und die Aufnahme von Krediten erst später erfolgt als erwartet. Aufgrund des günstigen Zinsniveaus am Geld- und Kapitalmarkt reduzieren sich nicht nur die Zinsen für Investitionskredite, sondern auch die Zinsleistungen für die i. R. des Kommunalen Schutzschirms abgelösten Kredite (rd. 800 T€) und für **Kassenkredite** (rd. 3,4 Mio. €).

Gesamtfinanzhaushalt

Nr.	Beschreibung	Haushalt Ansatz 2015	Prognose zum 31.12.2015	Veränderung
1	Jahresergebnis der Gesamtergebnisrechnung	-10.914.423 €	-6.886.864 €	4.027.559 €
2	Zahlungsunwirksame Vorgänge	3.174.705 €	3.175.105 €	400 €
3	Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	-7.739.718 €	-3.711.759 €	4.027.959 €
4	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	718.000 €	718.000 €	0 €
5	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenstände d. Sachanlagevermögens u. immateriellen AV	60.000 €	60.000 €	0 €
6	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und immateriellen AV	-4.415.700 €	-4.415.700 €	0 €
7	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	42.600 €	42.600 €	0 €
8	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-171.000 €	-171.000 €	0 €
9	Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit	-3.766.100 €	-3.766.100 €	0 €
10	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und der Begebung von Anleihen	225.066.100 €	221.066.100 €	-4.000.000 €
11	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten und Anleihen	-213.778.600 €	-213.178.600 €	600.000 €
12	Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	11.287.500 €	7.887.500 €	-3.400.000 €
13	Finanzmittelüberschuss/-fehlbedarf des Haushaltsjahres (Pos. 3, 9 und 12)	-218.318 €	409.641 €	627.959 €

Zu Nr. 10: Die Kreditaufnahme setzt sich zusammen aus

- 217.300.000 € Kreditaufnahme für Kassenkredite (- 4.000.000 €) und
- 3.766.100 € Kreditaufnahme für Investitionskredite.

Seit 2010 wird im Rahmen der Finanz- und Controllingberichte über die aufgenommenen Investitionskredite sowie über die abgeschlossenen Derivativen Finanzierungsinstrumente berichtet. Im Haushaltsjahr 2015 wurden bislang folgende Abschlüsse getätigt:

- Abschluss des Investitionskredits 481k über 1,27 Mio. € mit einem Zinssatz von 0,4 % für die Gesamtlaufzeit (bis 15.05.2024)
- Abschluss des Kassenkredits 040515 in Höhe von 25 Mio. € mit einem Zinssatz von 0,6 % für 10 Jahre (Valuta 04.05.2015)

Zu Nr. 11: Die Tilgung von Krediten setzt sich zusammen aus

- 210.000.000 € Tilgung für Kassenkredite und
- 3.178.600 € Tilgung für Investitionskredite (- 600.000 €).

Die Auszahlungen für die Tilgung von Investitionskrediten verringern sich um rd. 600 T€ auf 3.178,6 T€ aufgrund der verspäteten und geringeren Kreditaufnahme (vgl. Erläuterung zu den Zinsaufwendungen).

Der **Kassenkreditbestand** erhöht sich damit – unter Berücksichtigung der Ablösung eines Kassenkredits i. H. v. 4,8 Mio. € i. R. des Kommunalen Schutzschirms – zum Jahresende voraussichtlich von rd. 235,3 Mio. € (Stand zum 31.12.2014) um rd. 2,5 Mio. € auf rd. 237,8 Mio. €. Zum 30.04.2014 betrug der Stand der Kassenkredite 233.350.000 €.

Kommunaler Schutzschirm

Die voraussichtlichen Abweichungen vom Konsolidierungspfad (Anlage 1 zum Konsolidierungsvertrag mit dem Land Hessen) wirken sich auf Produktbereichsebene im Haushaltsvollzug des Jahres Haushaltsjahres 2015 voraussichtlich wie folgt auf das Ordentliche Ergebnis aus:

Produktbereich	Vorgabe Schutzschirm: Ergebnis je Einwohner	Vorgabe Schutzschirm: Ergebnis absolut in T€	Prognose Ergebnis absolut in T€	Prognose Ergebnis je Einwohner	Differenz absolut in T€	Differenz je Einwohner
01 Innere Verwaltung	- 42,99 €	- 11.291,3	- 10.929,8	- 41,61 €	361,5	1,38 €
02 Sicherheit und Ordnung	- 10,34 €	- 2.715,8	- 2.805,1	- 10,68 €	- 89,3	- 0,34 €
03 Schulträgeraufgaben	17,92 €	4.706,7	- 1.685,4	- 6,42 €	- 6.392,1	- 24,34 €
04 Kultur und Wissenschaft	- 1,51 €	- 396,6	- 427,2	- 1,63 €	- 30,6	- 0,12 €
05 Soziale Leistungen	- 174,20 €	- 45.753,6	- 45.711,5	- 174,04 €	42,1	0,16 €
06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	- 127,72 €	- 33.545,7	- 32.320,0	- 123,05 €	1.225,7	4,67 €
07 Gesundheitsdienst	- 8,16 €	- 2.143,2	- 2.449,6	- 9,33 €	- 306,4	- 1,17 €
08 Sportförderung	- 0,66 €	- 173,3	- 173,2	- 0,66 €	0,1	0,00 €
09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation	- 2,45 €	- 643,5	- 796,2	- 3,03 €	- 152,7	- 0,58 €
10 Bauen und Wohnen	- 1,23 €	- 323,1	- 478,5	- 1,82 €	- 155,4	- 0,59 €
12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	- 13,76 €	- 3.614,1	- 4.487,9	- 17,09 €	- 873,8	- 3,33 €
13 Natur- und Landschaftspflege	- 2,65 €	- 696,0	- 571,9	- 2,18 €	124,1	0,47 €
14 Umweltschutz	- 1,04 €	- 273,2	- 226,6	- 0,86 €	46,6	0,18 €
15 Wirtschaft und Tourismus	- 3,40 €	- 893,0	- 890,4	- 3,39 €	2,6	0,01 €
16 Allgemeine Finanzwirtschaft	302,96 €	79.572,4	100.168,1	381,37 €	20.595,7	78,41 €
Summe ordentliches Ergebnis	- 69,23 €	- 18.183,3	- 3.785,2	- 14,42 €	14.398,1	54,81 €

Controllingbericht I/2015

Zu 26 der 69 Produkte im Haushaltsplan 2015 wurden 48 Ziele mit 53 Kennzahlen (i.d.R. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung) definiert. Im Nachfolgenden sind diese Produkte, Ziele und Kennzahlen mit ihren derzeitigen und prognostizierten Zielerreichungsgraden wie folgt dargestellt:

Ist = Wert zum Abfragezeitpunkt 30. April 2015

Prognose = gemäß Einschätzung der Produktverantwortlichen zum 31.12.2015 voraussichtlich erreichter Zielerreichungsgrad

Monitor = Einschätzung des Abweichungsgrades sowie des Steuerungsbedarfs:

- Monitor "weiß": Verbesserung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich erreicht oder übererfüllt; Steuerungsmaßnahmen sind nicht erforderlich (bei 39 Kennzahlen = 74 %)

- Monitor "grau": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch nicht möglich, nicht notwendig oder bereits durch die Produktverantwortlichen ergriffen (bei 13 Kennzahlen = 24 %)

- Monitor "schwarz": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch noch möglich oder noch notwendig, ggfs. auch durch die Kreisgremien (bei 1 Kennzahl = 2 %).

Zum Zweck der Vergleichbarkeit und Orientierung enthält der Controllingbericht jeweils die Daten aus den Jahresabschlüssen 2009 - 2014 incl. jeweiliger Abweichung Plan/Ist (in Kursivdruck), soweit die Ziele bzw. Kennzahlen im jeweiligen Haushaltsjahr bereits bestanden. Sofern Kennzahlen in %-Werten (Verhältniskennzahlen) angegeben sind, erfolgt zudem eine gesonderte Darstellung der absoluten Zahlen (Zähler / Nenner), beschränkt jedoch auf die Daten des aktuellen Controllingberichts.

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
----------	-----	------	-----	-------------	---

1051 Personalmanagement und -entwicklung

1 Deckelung der Personalaufwendungen

Festschreibung der Höhe der Personalaufwendungen (in Mio. €)

Gründe der Abweichung: Bei den Personalaufwendungen wird gegenüber der Veranschlagung 2015 insgesamt ein Minderbedarf i. H. v. rd. -217,7 T€ prognostiziert. Diese prognostizierte Einsparung gegenüber dem Haushaltsansatz setzt sich wie folgt zusammen: Mehraufwendungen resultieren aus einem voraussichtlich erhöhten Aufwand für Auszubildende in Höhe von rd. +43,4 T€ sowie an Personalnebenausgaben in Höhe von voraussichtlich +10,0 T€. Einsparungen resultieren aus einer Verringerung der Beiträge zur Unfallversicherung in Höhe von rd. -1,0 T€. Einsparungen in Höhe von rd. -64,0 T€ werden aufgrund nicht steuerbarer Beihilfen und Unterstützungsleistungen an aktive Beamte und Arbeitnehmer prognostiziert. Ferner hatten Erkrankungen ohne Lohnfortzahlungen bis zum Stichtag 30.04.2015 gegenüber der Veranschlagung zum Haushalt 2015 Minderausgaben in Höhe von -93,7 T€ zur Folge. Zusätzlich können nach dem derzeitigen Stand - bedingt durch Personalbewirtschaftungsmaßnahmen – gegenüber der Veranschlagung bis zum Jahresende voraussichtlich Einsparungen in Höhe von rd. -112,4 T€ erzielt werden. Diese Personalbewirtschaftungsmaßnahmen beinhalten insbesondere: verzögerte Wiederbesetzung vakanter Stellen (Stellenanteile) sowie interne Besetzung von Stellen (hierdurch Reduzierung von Personalkosten).

I/2015	33,3757	10,282	33,158	
JA 2014	36,0511	34,7378	-3,6 %	
JA 2013	33,9179	32,9709	-3 %	
JA 2012	32,4707	32,3247	-0,5 %	
JA 2011	31,4555	32,5287	3 %	
JA 2010	31,143	32,5655	5 %	
JA 2009	30,6	30,9	1 %	

Produkt:

2

Personalaufwandsquote = Personalaufwendungen x 100 / Summe der ordentlichen Aufwendungen
 Kennzahl (absolut): Personalaufwendungen in Mio. €/Summe der ordentlichen Aufwendungen in Mio. €
 Gründe der Abweichung: Sh. Erläuterungen zu 1)

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung dieser Kennzahl ist nicht sinnvoll, da es sich um jahresbezogene Aufwendungen handelt.

	HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
I/2015	9,96 %	sh. Erl.	9,79 %		
JA 2014	10,76 %	10,70 %	-0,6 %		
JA 2013	10,45 %	10,6 %	1 %		
JA 2012	10,09 %	10,21 %	1 %		
JA 2011	9,93 %	10,47 %	5 %		
JA 2010	10,02 %	10,77 %	7 %		
JA 2009	10,17 %	10,48 %	3 %		
I/2015	33,3757 / 335,1430	sh. Erl.	33,158 / 338,7265		

1081 Zentrale Dienste und Fuhrpark**1 Die Kunden im Bürgerbüro sind mit den Öffnungszeiten, dem Leistungsangebot und dem Service insgesamt zufrieden und erteilen im Durchschnitt die Note "gut" (schriftliche Umfrage, Fragebogen)**

a Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit den Öffnungszeiten

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Durchschnittswert aus 124 Befragungsbögen.

	I/2015	2	1,20	2	
JA 2014	2	1,21	-40 %		
JA 2013	2	1,24	-38 %		
JA 2012	2	1,27	-37 %		
JA 2011	2	1,33	-34 %		

b Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit den Leistungsangeboten im Bürgerbüro

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. 1)

	I/2015	2	1,14	2	
JA 2014	2	1,20	-40 %		
JA 2013	2	1,24	-38 %		
JA 2012	2	1,26	-37 %		
JA 2011	2	1,27	-37 %		

c Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit dem Service insgesamt

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. 1)

	I/2015	2	1,15	2	
JA 2014	2	1,21	-40 %		
JA 2013	2	1,21	-40 %		
JA 2012	2	1,18	-41 %		
JA 2011	2	1,18	-41 %		

1121 Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern

1 Mind. 50 % Frauen in Leitung (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in der Kreisverwaltung

Anteil Frauen in Leitung (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in der Kreisverwaltung

Gründe der Abweichung: Es kann hier zu Abweichungen der absoluten Zahlen kommen, da es immer auf die zum Stichtag tatsächlich besetzten Stellen ankommt.

I/2015	min. 50 %	58 %	58 %	
JA 2014	min. 50 %	58 %	16 %	
I/2015	min. 22 / 43	26 / 45	26 / 45	

2 8 Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Teilzeit in der Kreisverwaltung

Anzahl der Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Teilzeit in der Kreisverwaltung

Gründe der Abweichung: Bisherige Führungskräfte in Teilzeit haben auf Vollzeit aufgestockt.

I/2015	8	5	5	
JA 2014	8	4	-50 %	

3 2 Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Jobsharing in der Kreisverwaltung

Anzahl der Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Jobsharing in der Kreisverwaltung

Gründe der Abweichung: Es wurde keine weitere Führungsposition in Jobsharing besetzt.

I/2015	2	1	1	
JA 2014	2	1	-50 %	

1261 Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen

1 Reduzierung der Warte- und Bearbeitungszeiten

Durchschnittliche Bearbeitungszeit im Teilbereich "Zulassungen" (in Minuten) (gemessen ab dem ersten Kontakt bei Eintritt = Empfang Wartemarke bis zum letzten Bearbeitungsschritt = Zahlung an der Kasse)

Gründe der Abweichung: Mehrere Sachbearbeiter waren länger erkrankt. Außerdem gibt es zwei vakante Vollzeitstellen (Vakanz durch Ruhestand), die nach den Sommerferien mit zwei Auszubildenden besetzt sein werden.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Inzwischen übernimmt eine ehemalige Mitarbeiterin als 450-Euro-Kraft an einem Tag der Woche die Info bis 31.08.2015. Damit kann ein Sachbearbeiter am Schalter mitarbeiten, der sonst die Info übernehmen müsste. Kein Ersatz für die Ausfälle, aber eine Hilfe. Nach den Sommerferien werden die beiden Auszubildenden als Vollzeitkräfte zur Verfügung stehen.

I/2015	max. 30	53	45	
JA 2014	max. 30	37	23 %	
JA 2013	max. 30	33	10 %	
JA 2012	max. 30	23	-23 %	
JA 2011	max. 30	35	17 %	
JA 2010	max. 30	32	7 %	

1300 Fleischhygiene

1 Vollständige Schlachttier- und Fleischuntersuchung

Anzahl der untersuchten Tiere / Anzahl der geschlachteten Tiere gesamt

I/2015	100 %	100 %	100 %	
JA 2014	100 %	100 %	0 %	
JA 2013	100 %	100 %	0 %	
JA 2012	100 %	100 %	0 %	
JA 2011	100 %	100 %	0 %	
JA 2010	100 %	100 %	0 %	
JA 2009	100 %	100 %	0 %	
I/2015	235.000 / 235.000	96.884 / 96.884	235.000 / 235.000	

2 Vollständiger Verbraucherschutz

Anzahl der zum Verzehr freigegebenen Tiere / Anzahl der untersuchten Tiere gesamt

I/2015	95 %	99,9 %	95 %	
JA 2014	95 %	99,9 %	5 %	
JA 2013	95 %	99,9 %	5 %	
JA 2012	96 %	99 %	3 %	
JA 2011	95 %	97 %	2 %	
JA 2010	95 %	95 %	0 %	
I/2015	223.250 / 235.000	96.835 / 96.884	223.250 / 225.000	

1311 Allgemeines Veterinärwesen

1 Tierschutz durch Überwachung gewerblicher und privater Tierhaltungen

Anzahl der überprüften Tierhaltungen

Gründe der Abweichung: Die Tendenz der Tierschutzfälle geht von eher kleineren Fällen hin zu großen Tierschutzfällen, die mehr Bearbeitungszeit in Anspruch nehmen.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine Tiergesundheitsaufseherin hat ihre Arbeitszeit aufgestockt. Die Tiergesundheitsaufseherin zur Fortbildung hat ihre Fortbildung abgeschlossen und kann zukünftig selbständig Kontrollen durchführen.

I/2015	700	98	500	
JA 2014	890	331	-63 %	
JA 2013	890	373	-58 %	
JA 2012	935	564	-40 %	
JA 2011	1.000	638	-36 %	

Produkt:**HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M****2 Schutz des Verbrauchers durch Überprüfung von Lebensmittelbetrieben**

Anzahl der vorgefundenen Verstöße / Anzahl der durchgeführten Kontrollen im Bereich der amtlichen Lebensmittelüberwachung

I/2015	50 %	51 %	50 %	
---------------	-------------	-------------	-------------	--

I/2015	1.000 / 2.000	313 / 610	1.000 / 2.000	
--------	---------------	-----------	---------------	--

3 Schutz des Verbrauchers vor Gesundheitsschädigung, Täuschung und Irreführung

Anzahl der eingegangenen Verbraucherbeschwerden im Bereich amtliche Lebensmittelüberwachung gesamt

I/2015	76	14	76	
---------------	-----------	-----------	-----------	--

4 Vorbeugende Tierseuchenbekämpfung, Überprüfung der Einhaltung der tierseuchenrechtlichen Bestimmungen (national und EU-Recht)

Anzahl der überprüften Betriebe im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung

I/2015	320	84	320	
---------------	------------	-----------	------------	--

JA 2014	320	298	-7 %	
----------------	------------	------------	-------------	--

JA 2013	320	349	9 %	
----------------	------------	------------	------------	--

JA 2012	315	81	-74 %	
----------------	------------	-----------	--------------	--

JA 2011	320	293	-8 %	
----------------	------------	------------	-------------	--

5 Überprüfung der Einhaltung von Cross-Compliance-Verpflichtungen von Betriebsinhabern

Durchführung aller vorgegebenen Kontrollen, die von der Aufsichtsbehörde gefordert sind

I/2015	100 %	22 %	100 %	
---------------	--------------	-------------	--------------	--

JA 2014	100 %	100 %	0 %	
----------------	--------------	--------------	------------	--

JA 2013	100 %	100 %	0 %	
----------------	--------------	--------------	------------	--

JA 2012	100 %	100 %	0 %	
----------------	--------------	--------------	------------	--

I/2015	45 / 45	4 / 18	45 / 45	
--------	---------	--------	---------	--

1331 Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte

1 Integration der Migrationsbevölkerung im Kreis Bergstraße

Anzahl der Personen, die durchgängig an einem Integrationskurs teilgenommen haben / gesamte Integrationskursteilnehmer/-innen (IKT)

(betrachtet werden die letzten 10 beendeten Kurse)

Gründe der Abweichung: Die Abweichung vom Planwert liegt insbesondere darin begründet, dass
 - EU-Bürger nicht zu Integrationskursen verpflichtet werden können und nur so lange teilnehmen, bis sie eine Arbeitsstelle gefunden haben (67 Personen haben abgebrochen)

- bei gewissen Staatsangehörigen (Syrer) die Anerkennung als Asylberechtigter oder als Flüchtling sehr schnell geht und diese dann ebenfalls eine Arbeitsstelle annehmen

- bei 8 Elternintegrationskursen, die 960 Stunden (ca. 1,5 Jahre) dauern, Ausfälle durch Umzug, Schwangerschaft u. a. Umstände eintreten.

I/2015	80 %	66 %	70 %	
JA 2014	80 %	64 %	-20 %	
JA 2013	80 %	80 %	0 %	
JA 2012	80 %	79 %	-1 %	
JA 2011	80 %	70 %	-13 %	
JA 2010	80 %	71 %	-11 %	
JA 2009	88 %	80 %	-9 %	
I/2015	160 / 200	134 / 203	219 / 313	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Steuerungsmaßnahmen nicht möglich.

1361 Brand- und Katastrophenschutz

1 Brandschutz: Durchführung der Gefahrenverhütungsschauen innerhalb der gesetzlich definierten Frist

Durchgeführte Gefahrenverhütungsschauen innerhalb der gesetzlich definierten Frist / durchzuführende Gefahrenverhütungsschauen

Gründe der Abweichung: 4-Wochen-Lehrgang eines Kollegen.

I/2015	100 %	33 %	90 %	
JA 2014	100 %	86 %	-14 %	
JA 2013	100 %	87 %	-13 %	
JA 2012	100 %	92 %	-8 %	
JA 2011	69 %	61 %	-12 %	
JA 2010	69 %	53 %	-23 %	
JA 2009	100 %	59 %	-41 %	
I/2015	200 / 200	65 / 200	180 / 200	

Produkt:

HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

2 Brandschutz: Durchführung mindestens einer Fortbildungsveranstaltung für Feuerwehrführungskräfte nach Dienstgraderlass

Aus- / Fortbildungsstunden je Feuerwehrführungskraft

I/2015	min. 6	8	8	
JA 2014	min. 6	8	33 %	
JA 2013	min. 6	8	33 %	
JA 2012	min. 6	8	33 %	
JA 2011	min. 6	8	33 %	
JA 2010	min. 6	8	33 %	
JA 2009	min. 6	7	17 %	

3 Katastrophenschutz: Erhöhung der Anzahl der Stabsmitglieder

Anzahl der Stabsmitglieder am 31.12.

Gründe der Abweichung: Ausscheiden von älteren Kollegen.

I/2015	100	75	75	
JA 2014	100	89	-11 %	
JA 2013	100	92	-8 %	
JA 2012	100	94	-6 %	
JA 2011	100	95	-5 %	
JA 2010	95	91	-4 %	
JA 2009	92	86	-7 %	

4 Katastrophenschutz: Weiterführung der Ausbildung der Stabsmitglieder

Thematische Ausbildungsveranstaltungen für die Stabsmitglieder

Gründe der Abweichung: Abordnung eines Mitarbeiters.

I/2015	min. 4	0	3	
JA 2014	min. 4	5	25 %	
JA 2013	min. 4	5	25 %	
JA 2012	min. 4	5	25 %	
JA 2011	min. 4	6	50 %	
JA 2009	-	6	-	

Produkt:

HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

2080 Schülerbeförderung

1 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf Auslastung / Sitzplätze

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

I/2015	max. 2	0	0,32	
JA 2014	max. 2	0,32	-84 %	
JA 2013	max. 2	0,44	-78 %	
JA 2012	max. 2	0,42	-79 %	
JA 2011	max. 2	0,52	-74 %	
JA 2010	ohne	2	-	
I/2015	max. 13 / 6.254	0 / 6.254	2 / 6.254	

2 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf Wartezeit / Verspätung

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

Gründe der Abweichung: Beschwerden über Verspätungen haben sich auf insgesamt sechs von 32 Linien ergeben.

I/2015	max. 2	1,76	5,28	
JA 2014	max. 2	1,59	-21 %	
JA 2013	max. 2	2,66	33 %	
JA 2012	max. 2	2,23	12 %	
JA 2011	max. 2	3,90	95 %	
JA 2010	ohne	2	-	
I/2015	max. 13 / 6.254	11 / 6.254	33 / 6.254	

3 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf die Busqualität

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

I/2015	max. 2	0	0,32	
JA 2014	max. 2	0,48	-76 %	
JA 2013	max. 2	0,15	-93 %	
JA 2012	max. 2	0,56	-72 %	
JA 2011	max. 2	0,26	-87 %	
JA 2010	ohne	1	-	
I/2015	max. 13 / 6.254	0 / 6.254	2 / 6.254	

2100 Kreisvolkshochschule

1 Niedrige Ausfallquote

Anzahl Ausfälle Kurse / Anzahl angebotene geplante Kurse (jeweils ohne Berücksichtigung des Fachbereichs 1 - Gesellschaft)

I/2015	max 25 %	15 %	16 %	
JA 2014	max 25 %	21 %	-16 %	
JA 2013	max 25 %	20 %	-20 %	
JA 2012	max 25 %	17 %	-32 %	
JA 2011	max 25 %	17 %	-32 %	
JA 2010	max 25 %	17 %	-32 %	
JA 2009	max 25 %	15 %	-40 %	
I/2015	max. 232 / 925	72 / 470	148 / 925	

2

Deckungsbeitrag Stufe 1 (Zielwert: 1,4)

Kennzahl (absolut): Teilnehmergebühren / Dozentenonorare (je in €)

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Schwerpunktmäßig erfolgen die Einnahmen (Gebühren) zum Semesterbeginn, die Ausgaben (Honorare) zum Semesterende. Daher ist eine unterjährige Betrachtung der Kennzahl nicht sinnvoll bzw. aussagekräftig.

I/2015	1,5	7,9	1,5	
JA 2014	1,4	1,4	0 %	
JA 2013	1,4	1,4	0 %	
JA 2012	1,4	1,4	0 %	
JA 2011	1,3	1,4	8 %	
JA 2009	-	1,3	-	
I/2015	526.000 / 362.500	233.749 / 29.530	516.000 / 352.800	

Produkt:**3**

Kostendeckung (Zielwert: 51:49)

Kennzahl (absolut): Teilnehmergebühren / Zuschüsse und Kostenersätze (je in €)

Gründe der Abweichung: Kaum nachgefragte Kurse werden nur noch reduziert angeboten, aufgrund schwacher Teilnehmerzahlen wurden Kurse fusioniert. Die KVHS ist auch von Sparmaßnahmen der Firmen bei Mitarbeiterfortbildung betroffen.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Das EDV-Angebot wird weiter modernisiert. Grundsätzlich zeigt sich der Trend, dass eine Gebührenobergrenze erreicht ist, so dass vermehrt kürzere Einheiten angeboten werden müssen. Eine Gebührenerhöhung wird als kontraproduktiv angesehen, da hierbei mit einem Teilnehmerschwund zu rechnen ist.

Hinweis Kennzahl allgemein:

Die Kennzahl zeigt das Verhältnis zwischen Gebühreneinnahmen und Einnahmen aus Zuschüssen. Eine unterjährige Betrachtung der Kennzahl ist nicht sinnvoll, da sowohl der Kreiszuschuss als auch der Landeszuschuss erst zu einem späteren Zeitpunkt überwiesen werden.

HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

I/2015	53:47	sh. Erl.	52:48	
JA 2014	52:48	48:52	-8 %	
JA 2013	51:49	52:48	2 %	
JA 2012	52:48	54:46	4 %	
JA 2011	51:49	52:48	2 %	
JA 2009	-	54:46	-	
I/2015	526.000 / 471.200	sh. Erl.	516.000 / 468.000	

4

Zuschuss in € pro Unterrichtseinheit (UE) (Zielwert maximal 32 €)

Kennzahl (absolut): Kreis- und Landeszuschuss in € / UE

Gründe der Abweichung: Der - bundesweite - Trend von rückläufigen Unterrichtseinheiten zeigt sich auch bei der KVHS. Auch werden kürzere Einheiten bevorzugt.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Kaum nachgefragte Kurse werden nur noch reduziert angeboten. Aufgrund schwacher Teilnehmerzahlen wurden Kurse fusioniert. Entsprechende finanzielle Einsparungen zeigen sich bei den Dozenten honoraren.

Hinweis Kennzahl allgemein:

Die Kennzahl beschreibt das absolute Niveau der Refinanzierung durch Zuschüsse für die Durchführung einer Unterrichtseinheit (Quotient aus Kreis-/Landeszuschuss und Unterrichtseinheiten).

Eine unterjährige Betrachtung der Kennzahl ist nicht sinnvoll, da sowohl der Kreiszuschuss als auch der Landeszuschuss erst zu einem späteren Zeitpunkt überwiesen werden.

I/2015	30	sh. Erl.	31	
I/2015	471.200 / 16.000	sh. Erl.	468.000 / 15.000	

3120 Unterhaltsvorschussleistungen

1 Die Rückholquote aller Forderungsfälle beträgt 20 %

Summe der Einnahmen nach § 7 UVG x 100 / Summe der Ausgaben ./ Einnahmen nach § 5 UVG

Gründe der Abweichung: Zitat Prüfbericht des Regierungspräsidiums Kassel über die fachaufsichtsrechtliche Vor-Ort-Prüfung vom 14.01.2015: "An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, dass eine deutliche Verbesserung der Einnahmesituation und somit auch die Steigerung der Rückholquote durch die geleistete Umorganisationsmaßnahmen sich erfahrungsgemäß erst mit zeitlicher Verzögerung einstellen und so voraussichtlich frühestens zum Ende des Jahres 2015 / Anfang 2016 zu erwarten sind." Der positive Trend hält an; zum Stichtag 20.05.2015 beträgt die Rückholquote 15,6 %. Zahlungen hängen immer von der Leistungsfähigkeit der Unterhaltsverpflichteten ab.

I/2015	20 %	13,7 %	20 %	
JA 2014	20 %	13,2 %	-34 %	
JA 2013	20 %	12 %	-40 %	
JA 2012	20 %	14,6 %	-27 %	
JA 2011	20 %	12,8 %	-36 %	
JA 2010	15 %	12,6 %	-15 %	
JA 2009	20 %	16,9 %	-16 %	
I/2015	-	65.841 / 479.981	-	

2 Aufgrund der abgeschlossenen Umorganisation des Bereichs UVG ist die Fallbearbeitung bei Neuansträgen auf aktuellem Stand (Vermeidung von Rückständen)

Neuanträge / Fälle in Bearbeitung

Gründe der Abweichung: Im 1. Quartal mussten Vakanzen im Verwaltungsbereich des Jugendamtes abgefangen werden, sodass nur zwei Vollzeitkräfte zur Verfügung standen. Ab dem 1.5.2015 musste organisatorisch eine Vollzeitkraft umgesetzt werden, sodass derzeit eine Vollzeitkraft für Altfallbearbeitung zur Verfügung steht.

I/2015	100 %	84,7 %	100 %	
I/2015	-	1.362 / 1.608	-	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine Nachbesetzung der vakanten Stellen ist vorgesehen.

3 Bei einer Besetzung von drei befristeten Stellen für die Bearbeitung der Altfälle sind bis Jahresende 50 % der Altfälle in Bearbeitung und 20 % abgeschlossen bzw. abschließend geklärt

a Fälle in Bearbeitung / Altfälle

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. Erl. zu Kennzahl 2.

I/2015	50 %	15 %	50 %	
I/2015	1.066 / 2.131	314 / 2.131	1.066 / 2.131	

b Abgeschlossene Fälle / Altfälle

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. Erl. zu Kennzahl 2.

I/2015	20 %	3 %	20 %	
I/2015	427 / 2.131	62 / 2.131	427 / 2.131	

3140 Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege**1 Bis zur Sitzungsrunde der Kreisgremien nach der Sommerpause ist in Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziales ein Konzept zur Unterbringung sowohl seelisch als auch geistig und körperlich behinderter Kinder in Tagespflege erstellt**

Vorliegendes Konzept

I/2015	1	0	1	
--------	---	---	---	--

Gründe der Abweichung: Umfangreiche Absprachen sowohl mit dem Amt für Soziales als auch mit dem Gesundheitsamt und auch strategische Überlegungen führen dazu, dass die Konzeptvereinbarung erst Ende des Jahres 2015 oder Anfang des Jahres 2016 abgeschlossen werden kann.

2 Bis zum 31.12.2015 haben alle zugelassenen Tagespflegepersonen eine Grundqualifikation von 160 Stunden absolviert

Anzahl der zugelassenen Tagepflegepersonen / Anzahl der zugelassenen Tagespflegepersonen, die die Grundqualifikation von 160 Stunden nachweisen

I/2015	100 %	61 %	100 %	
--------	-------	------	-------	--

Gründe der Abweichung: Nicht alle Tagespflegepersonen konnten die Grundqualifikation im ersten Quartal 2015 absolvieren.

I/2015	-	142 / 234	234 / 234	
--------	---	-----------	-----------	--

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Die Grundqualifikation aller vertraglich gebundenen Tagespflegepersonen sind bis Ende des Jahres alle abgeschlossen. Die absoluten Zahlen können sich im Jahresverlauf ändern (Zugänge/Abgänge).

3151 Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen**1 Umsetzung des Rahmenkonzeptes zur Weiterentwicklung und Umsteuerung der Sozialen Arbeit an Schulen im Kreis Bergstraße "Von der Einzelfallhilfe zur systemischen Förderung"**

Teilnehmende Grund- und Förderschulen

I/2015	67 %	81 %	100 %	
--------	------	------	-------	--

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Seit Umsetzung des Rahmenkonzeptes sind bis 31.03.2015 sieben Schulen hinzugekommen

I/2015	32 / 48	39 / 48	48 / 48	
--------	---------	---------	---------	--

2 Bis zum 31.12.2015 wurde der "Familienrat" in mindestens 5 Familien durchgeführt

Anzahl der Familien mit durchgeführtem "Familienrat"

I/2015	5	1	5	
--------	---	---	---	--

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Bis Stichtag 31.3.2015 gab es eine Familie, die für die Maßnahme "Familienrat" in Frage kam.

3170 Hilfe zur Erziehung**1 Nach Übernahme der Umsteuerung in den Regelbetrieb des Jugendamtes wird der Pflegekinderdienst weiterhin einen Schwerpunkt auf die Akquise von neuen Pflegestellen legen.**

Anzahl neu gewonnener Pflegestellen

I/2015	5	2	5	
--------	---	---	---	--

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Der Ausbau des Pflegestellenangebotes steht weiterhin im Fokus des Pflegekinderdienstes.

JA 2014	5	10	100 %	
---------	---	----	-------	--

2 Steigerung der Anzahl der in Pflegestellen untergebrachten Kinder um 1 % auf Basis der Quote vom 20.04.2014 (= 52 % Vollzeitpflege, 48 % Heimerziehung)

Quote Vollzeitpflege

I/2015	53 %	46 %	51 %	
--------	------	------	------	--

Gründe der Abweichung: Die Zahl der Heimunterbringung steigt momentan durch die verstärkte Zuteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UmF, derzeit: 51). Ohne die UmF läge die Quote bei 135 Vollzeitpflegen zu 110 Heimerziehungen (55 % : 45 %).

I/2015	-	135 / 161	-	
--------	---	-----------	---	--

3190 Hilfe für junge Volljährige**1 Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen Jugendamt und Eigenbetrieb "Neue Wege" zur Verselbständigung und Integration junger Menschen in die Gesellschaft**

Abgeschlossene Kooperationsvereinbarung

I/2015	1	0	1	
--------	---	---	---	--

Gründe der Abweichung: Derzeit werden zusätzliche Aspekte geprüft und mit dem Eigenbetrieb "Neue Wege" verhandelt. Aus diesem Grund konnte die Kooperationsvereinbarung noch nicht abgeschlossen werden.

JA 2014	1	0	-100 %	
---------	---	---	--------	--

3200 Eingliederungshilfe**1 Beschreibung der Kooperationsabläufe mit externen und internen Beteiligten zur Optimierung der Prozesse im Kontext von § 35a SGB VIII und Abschluss einer Kooperationsvereinbarung bis Ende 2015 mit anderen Sozialleistungsträgern. Die Abläufe der Zusammenarbeit sind dokumentiert und die Beteiligten sind informiert.**

a Abgeschlossene Kooperationsvereinbarung

I/2015	1	1	1	
--------	---	---	---	--

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Ziel erreicht. Die Kooperationsvereinbarung wurde zu Beginn des Jahres 2015 abgeschlossen, erste Fälle wurden bereits abgegeben.

Produkt:

- b Dokumentation der Abläufe der Zusammenarbeit, Information der Beteiligten
Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. Kennzahl 1)

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
I/2015	100 %	100 %	100 %	

3210 Andere Aufgaben der Jugendhilfe**1 Bis zum 31.12.2015 wird die Zahl der Bereitschaftspflegestellen von derzeit 8 auf 10 Stellen ausgebaut**

Anzahl der Bereitschaftspflegestellen am 31.12.2015

I/2015	10	9	10	
--------	----	---	----	--

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Im ersten Quartal 2015 konnte eine weitere Bereitschaftspflegestelle hinzugewonnen werden.

5030 Bauleitplanung**1 Optimierung der Planungsprozesse: Einsatz moderner Medien (z. B. Austausch von Fachdaten und geographischen Daten)**

Fristgerecht abgegebene Stellungnahmen

I/2015	80 %	81 %	80 %	
JA 2014	80 %	76 %	-5 %	
JA 2013	85 %	78 %	-8 %	
JA 2012	85 %	71 %	-16 %	
JA 2011	85 %	84 %	-1 %	
JA 2010	85 %	91 %	7 %	
I/2015	80 / 100	22 / 27	80 / 100	

5040 Geoinformationssystem (GIS)**1 Dienstleistungen Bürger-GIS im Internet sowie GeoOffice Intranet-GIS für Mitarbeiter/-innen: Ständige Updates und Aktualisierung, Erweiterung des Angebotes durch neue Projekte und aktuelle graphische Informationen zum Kreis Bergstraße, Schulung und Fortbildung der Mitarbeiter, hohe online-Verfügbarkeit, Ausfallzeiten minimieren durch Projektmanagement**

- a Anzahl Projekt- und Kartenabrufe sowie Downloads Bürger-GIS und Intranet-GIS

I/2015	800.000	251.684	800.000	
JA 2014	800.000	2.052.983	157 %	
JA 2013	750.000	734.184	-2 %	
JA 2012	300.000	810.656	170 %	
JA 2011	88.000	727.852	727 %	
JA 2010	80.000	86.275	8 %	
JA 2009	75.000	76.412	2 %	

Produkt:

- b Online-Verfügbarkeit Bürger-GIS an 365 Tagen (8.760 Stunden) sowie Intranet-GIS an 235 Arbeitstagen (2.350 Stunden)
Kennzahl (absolut): Stunden Online-Verfügbarkeit Plan / Soll

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
I/2015	98 %	98 %	98 %	
JA 2014	98 %	98 %	0 %	
JA 2013	98 %	98 %	0 %	
JA 2012	98 %	98 %	0,1 %	
JA 2011	98 %	96 %	-2 %	
JA 2009	98 %	98,5 %	2 %	
I/2015	8.585 / 8.760 + 2.303 / 2.350	2.875 / 2.920 + 765 / 783	8.585 / 8.760 + 2.303 / 2.350	

5051 Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung**1 Kurze Bearbeitungsdauer für Genehmigungsverfahren**

Durchschnittliche Bearbeitungszeit von Antragseingang bis zur Genehmigung (Kalendertage)

Gründe der Abweichung: Akute krankheitsbedingte personelle Ausfälle.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Steuerung nicht möglich.

I/2015	max. 60	72	70	
JA 2014	max. 60	70	17 %	
JA 2013	max. 60	88	47 %	
JA 2012	max. 60	69	15 %	
JA 2011	max. 60	56	-7 %	
JA 2010	max. 60	46	-23 %	
JA 2009	max. 60	59	-2 %	

5070 Denkmalschutz

1 Erhaltung des Bestandes an erkannten Kulturdenkmälern bzw. wesentlicher Bestandteile von Gesamtanlagen

Anteil untergegangener Kulturdenkmäler bzw. wesentlicher Teile von Gesamtanlagen

I/2015	max. 1 %	0,09 %	0,3 %	
JA 2014	max. 1 %	0,08 %	-92 %	
JA 2013	max. 1 %	0,21 %	-79 %	
JA 2012	max. 1 %	0,23 %	-77 %	
JA 2011	max. 1 %	0,14 %	-86 %	
JA 2010	max. 1 %	0,16 %	-84 %	
JA 2009	max. 1 %	0,42 %	-58 %	
I/2015	max. 52 / 5.250	5 / 5.250	15 / 5.250	

5080 Immissionsschutz und Schornsteinfegerwesen

1 Fertigung des Zweitbescheides mit vorangegangener Anhörung zur Durchführung der vorgeschriebenen Schornsteinfegerarbeiten auf der Grundlage des Feuerstättenbescheides von dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger

Durchschnittliche Bearbeitungszeit ab Eingang Mängelbericht bis Fertigung Zweitbescheid (Kalendertage)

I/2015	max. 50	40	45	
--------	---------	----	----	--

Gründe der Abweichung: Schnellere und kontinuierliche Fallbearbeitung durch die Besetzung der offenen Stelle.

5090 Verwaltung der Kreisstraßen

1 Erreichen der Zustandsklasse unterhalb des Warnwertes von 3,50 für alle Kreisstraßen (Mittelwert)

Zustandsklasse < 3,50 auf der Gesamtstrecke (113,7 km; Stichtag: 01.01.2015)

Gründe der Abweichung: Leichte Verbesserung des Prognosewertes aufgrund Maßnahmenwechsel (längere Erneuerungsstrecke) und Korrektur einzelner Zählwerte. Istwert I entspricht noch dem Wert des Jahresabschlusses 2014, da die Maßnahmen noch nicht durchgeführt sind.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Um für alle Kreisstraßen die Zustandsklasse 3,5 als Obergrenze zu erreichen, sind entsprechende Mittel für die erforderlichen Investitions- und (Wert)erhaltungsmaßnahmen bereitzustellen, die deutlich über das derzeitige Niveau hinausgehen müssen. Insbesondere sind Erhaltungsmaßnahmen sowie grundhafte Erneuerungen und Deckenerneuerungen - auch ohne Förderung durch Bund oder Land - notwendig, um den Werteverzehr aufzuhalten. Insbesondere im Bereich der Ingenieurbauwerke (Über- und Unterführungen, Stützbauwerke) ist in den kommenden Jahren mit größerem Erhaltungs-, Instandsetzungs- und Ersatzneubauaufwand zu rechnen. Die bisher teilweise erreichten Unterschreitungen der jeweiligen Planwerte sind auch auf Abstufungsmaßnahmen zurückzuführen. Mit der letzten noch zur Abstufung vorgesehenen Strecke (K24 tlw.) entfällt dieser Effekt.

I/2015	3,95	4,02	3,91	
JA 2014	4,19	4,02	-4 %	
JA 2013	4,09	4,07	-0,5 %	
JA 2012	4,37	4,21	-4 %	
JA 2011	4,22	4,11	-3 %	
JA 2010	3,95	4,22	7 %	
JA 2009	3,95	4,14	5 %	

5100 Öffentlicher Personennahverkehr

1 Qualitätssteigerung des Verkehrsangebots

Anzahl der Beschwerden je 100.000 Fahrgäste

I/2015	max. 6	0,48	1,44	
JA 2014	max. 6	2,3	-62 %	
JA 2013	max. 6	2,2	-63 %	
JA 2012	max. 7	1,5	-79 %	
JA 2011	max. 7	2,1	-70 %	
JA 2010	max. 7	2,4	-66 %	
JA 2009	max. 7	2,4	-66 %	
I/2015	max 386 / 6.437.000	31 / 6.437.000	93 / 6.437.000	

5141 Boden- und Gewässerschutz**1 Erhalt und Erhöhung der Anzahl der Wasserschutzgebiete mit Kooperationsvertrag**

Anzahl der Wasserschutzgebiete mit Kooperationsvertrag

Gründe der Abweichung: Die Abschlüsse der Kooperationsverträge für die Wasserschutzgebiete zwischen den Wasserversorgern und den Landwirten konnte noch nicht getätigt werden, da die Vertragsverhandlungen noch nicht abgeschlossen sind.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Es wird versucht die Abschlüsse der Kooperationsverträge zwischen den Wasserversorgern und den Landwirten weiter voranzutreiben.

I/2015	27	24	27	
JA 2014	16	24	50 %	
JA 2013	16	20	25 %	
JA 2012	15	15	0 %	
JA 2011	15	10	-33 %	
JA 2010	15	10	-33 %	
JA 2009	11	10	-9 %	

6020 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft**1 Kreditportfoliomanagement: Liquiditätssicherung, Begrenzung des Zinsänderungsrisikos, Nutzung öffentlicher Finanzierungsmöglichkeiten, Sicherstellung günstiger Marktkonditionen durch Wettbewerbsverfahren**

Zinsaufwand Investitionskredite einschließlich Derivate auf Basis der Zinsfestschreibung bzw.

Forwardzinssätze: ZinsA + 1,0 % < ZinsA Plan (in €)

Gründe der Abweichung: Der Zinsaufwand hat sich aufgrund der günstigen Zinskonditionen sowie dem geringeren und späteren Bedarf an Investitionskrediten positiv entwickelt.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Im Istwert I/2015 sind die Zinsen 2015 für bestehende festverzinsliche Investitionskredite bis auf die Zinsabgrenzung (d. h. im Jahr 2016 fällige, jedoch dem Haushaltsjahr 2015 zuzurechnende Zinsen) bereits in voller Höhe enthalten.

I/2015	758.346	443.635	637.683	
JA 2014	1.480.417	1.321.246	-11 %	
JA 2013	1.703.827	1.430.187	-16 %	
JA 2012	1.815.617	1.577.962	-13 %	
JA 2011	1.809.218	1.651.822	-9 %	
JA 2010	1.831.602	1.722.660	-14 %	

2

Zinslastquote = Finanzaufwendungen x 100 / Summe der ordentlichen Aufwendungen

Kennzahl (absolut): Finanzaufwendungen in Mio. € / Summe der ordentlichen Aufwendungen in Mio. €

Gründe der Abweichung: Sh. Erläuterungen zu 1)

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung dieser Kennzahl ist nicht sinnvoll, da es sich um jahresbezogene Aufwendungen handelt.

I/2015	3,28 %	sh. Erl.	1,95 %	
JA 2014	3,36 %	1,62 %	-51,8 %	
JA 2013	3,57 %	1,77 %	-50 %	
JA 2012	4,27 %	1,91 %	-55 %	
JA 2011	3,19 %	2,25 %	-29 %	
I/2015	11,007 / 335,1430	sh. Erl.	6,607 / 338,7265	